

## Im Alleingang. Die Folgen des EWR-Neins von 1992

Autor(en): Rainer Füeg  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/4f9a6088-6d19-418b-b27d-dd03ea5f53c9>

### **Nutzungsbedingungen**

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

## Im Alleingang Die Folgen des EWR-Neins von 1992

1992 lehnte der eidgenössische Souverän den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), und damit auch weitergehende Schritte in Richtung EU-Vollmitgliedschaft, ab. Nach dem Beitritt Schwedens, Österreichs und Finnlands zur EU ist die Option EWR für die Schweiz obsolet; der Alleingang ist noch etwas einsamer geworden. Zur Zeit setzt die Schweiz auf bilaterale Verhandlungen mit der EU. Unabhängig von der nationalen politischen Lösung des Problems reagiert die regionale

Wirtschaft auf Standortvorteile und -nachteile, muss sich der grenzüberschreitende Wissenschaftsbetrieb neu orientieren, die regionale Politik anpassen. Welche Konsequenzen hat das Schweizer EWR-Nein auf die regionale Wirtschaft, auf den Transfer von wissenschaftlichem Know-how, auf die regionale Politik? Diese Fragen haben wir Rainer Füeg von der Basler Handelskammer, Beat Münch von der Universität und Georg Kreis vom Europa-Institut gestellt. (Red.)

Rainer Füeg

### Die Auswirkungen des Abseitsstehens vom EWR in der Nordwestschweiz

Am 1. Januar 1993 wurde der EU-Binnenmarkt <vollendet>, am 1. Januar 1994 trat der EWR in Kraft. Er besteht weiterhin, auch wenn Österreich, Finnland und Schweden inzwischen Vollmitglieder der EU geworden sind. In einem Raum mit 370 Millionen Konsumenten gelten somit neue Bedingungen für das Wirtschaftsleben. Die Schweiz steht mittlerweile als einziges Land in Westeuropa ausserhalb dieses Wirtschaftsraums, ist aber trotz allem mit ihm in vielfältiger Hinsicht verbunden: Der EWR ist mit Abstand ihr wichtigster Export-, aber auch Beschaffungsmarkt.

Die Frage nach den wirtschaftlichen Konsequenzen des Schweizer <Nein> zum EWR am 6. Dezember 1992 ist nicht eindeutig zu beantworten. Da die Auswirkungen des Nichtbeitritts von jenen der Rezession und des wirtschaftlichen Strukturwandels nicht zu trennen

sind, bleibt letztlich immer ein Spielraum für Interpretationen.

Beim Abschätzen der Konsequenzen des Nicht-Beitritts zum EWR wurde immer betont, weder Beitritt noch Abseitsstehen würden kurzfristige Folgen nach sich ziehen, weil die von der Integration bzw. Nicht-Integration zu erwartenden Effekte an sich mittel- bis längerfristig sind. An diesen Aussagen hat sich nichts geändert. Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Binnenmarkts, in dem sich die vier Freiheiten im Personen- Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr immer mehr durchsetzen, führt aber schrittweise und automatisch zu Diskriminierungen für Firmen, die daran nicht teilhaben – auch wenn die Schweiz in vielen Bereichen den sogenannten <autonomen Nachvollzug> realisiert und ihre Regeln des Wirtschaftslebens denjenigen der EU mehr und mehr anpasst. Was



△ Schmerzlich empfunden wird das EWR-Nein in der Region Basel, die eng verflochten ist mit ihren Nachbarn Deutschland und Frankreich.

damit nicht erreicht werden kann, ist die automatische Anerkennung dieser neuen Regeln durch die EU.

Firmen mit Standort ausserhalb des EWR sehen sich daher weiterhin mit nicht-tarifären Handelshindernissen konfrontiert, die für Konkurrenten innerhalb des EWR weggefallen sind. Sie müssen ihre Produkte – auch wenn sie europäische Normen erfüllen – im EWR ein zweites Mal prüfen lassen. Sie kommen auch nicht in den Genuss der Dienstleistungsfreiheit – ein Grund, weshalb eine Basler Bank weiterhin weder im Elsass noch in Südbaden eine von Basel aus geführte Filiale betreiben kann.

#### **Die regionalen Firmen sind vom EWR-Entscheid betroffen**

Verschiedene Umfragen der Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz und der Basler Handelskam-

mer haben die Auswirkungen des Abseitsstehens der Schweiz auf unsere Region erforscht. Rund ein Drittel der Firmen in der Nordwestschweiz verspürt konkrete Auswirkungen, die eindeutig auf den EWR-Entscheid zurückzuführen sind. Vor allem für Unternehmen aus der Exportwirtschaft sind die Auswirkungen negativ, sei es bezüglich der Entwicklung von Geschäftsbeziehungen, beim Grenzübertritt, im öffentlichen Beschaffungswesen der EU-Staaten, bei der Beschäftigung von ausländischen Spezialisten, und noch deutlicher beim Einsatz von Schweizern innerhalb der EU. Nicht zu vergessen sind die Impulse, die EG-Fördermittel auslösen könnten, und die jetzt ausbleiben.

Transport- und Speditionsbetriebe sowie Grosshandelsfirmen, aber auch Firmen mit Zweigniederlassungen jenseits der Grenze, haben

grössere Probleme beim Grenzübertritt, vor allem im Verkehr mit Frankreich. Zwar sind dort keine neuen Vorschriften in Kraft getreten, aber offenbar werden die bestehenden Regelungen restriktiver ausgelegt als bisher. Dies lässt sich teilweise auf die innenpolitischen Probleme Frankreichs im Sommer 1995 zurückführen; nach wie vor fehlt aber auch der freie Zugang zum EU-Verkehrsmarkt (Cabotageverbot).

Für die Textilindustrie ist das Hauptproblem der ungelöste «Passive Veredelungsverkehr», wo gravierende Diskriminierungen im Vergleich zu Konkurrenten mit EU-Standort zu finden sind. Weil sich die EU selbst noch zu keiner Lösung durchgerungen hat, bleibt das Spezialproblem «Schweiz» erst recht liegen.

Die Notwendigkeit der Zollabfertigung an der Schweizer Grenze führt (im Zusammenhang mit Just-in-time-Konzepten und wegen des administrativen Aufwands) dazu, dass die Schweiz als Verteilzentrum innerhalb Europas immer weniger in Betracht kommt. Ergebnis ist die Verlagerung von Teilen der Produktion und der Logistik, nicht nur bei internationalen Grossunternehmen, sondern mehr und mehr auch bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Durch die weiterhin bestehenden Unterschiede in der Landwirtschaftspolitik bleiben auch die grossen Preisdifferenzen im Lebensmittelbereich bestehen, die in erster Linie zu einem Kaufkraftabfluss aus der Nordwestschweiz führen, den der Detailhandel immer stärker spürt.

Andere Probleme der Firmen lassen sich indes nicht auf den EWR-Entscheid zurückführen. Die schwieriger gewordenen Marktverhältnisse sind in erster Linie konjunkturell bedingt oder hängen mit strukturellen Veränderungen in der Europäischen Wirtschaft zusammen. Die Öffnung Mittel- und Osteuropas bewirkt zudem einen gewissen Druck auf die traditionellen westeuropäischen Märkte durch neu hinzukommende Kapazitäten und preisliche Wettbewerbsvorteile der neuen Konkurrenten.

Andererseits meldeten einige wenige Firmen auch Verbesserungen durch das Abseitsstehen; es sind dies vor allem Firmen aus Branchen, deren Markt infolge der ausgebliebenen Grenzöffnung weiterhin einigermaßen geschützt

bleibt, so etwa in Teilen der Nahrungsmittelindustrie, bei den Zulieferanten der Bauwirtschaft, bei einzelnen Importeuren. Auch die in der Vermögensverwaltung tätigen Betriebe spüren seit 1993 positive Effekte. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass das Schweizer «Nein» zum EWR im Ausland als «Nein» zur EU und ihren Vorstellungen über die Wirtschafts- und Währungsunion verstanden wurde. In einem gewissen Ausmass fliesst daher heute zusätzliches Geld für Vermögensanlagen in die Schweiz. Vor allem in Mittel- und Osteuropa wird die Schweiz offenbar als sicherer betrachtet als Luxemburg, ebenso in Deutschland, wo das Vertrauen in eine gemeinsame Währung nicht überall gross ist. Der daraus resultierende Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken hat andererseits die Exportwirtschaft vor grosse Probleme gestellt.

### **Reaktionen der regionalen Unternehmen**

Der Einstieg in den EWR bzw. die bessere Verankerung darin erfolgen insbesondere mittels Auf- und Ausbau von Firmenkooperationen. Interessanterweise wählen vor allem Dienstleistungsunternehmen, aber auch das Gewerbe diesen Weg. Daneben haben viele Firmen in den vergangenen drei Jahren ein eigenes Standbein im EWR entweder aufgebaut oder erworben oder bereits vorhandene Niederlassungen ausgebaut, vor allem in der Oberrhein-Region. Auch Auslagerungen gehen zu mehr als der Hälfte in diesen Raum, nur wenige Firmen siedelten sich weiter entfernt an. Dies dürfte ein klarer Hinweis darauf sein, dass diese Massnahme eher zur Abwehr einer drohenden Diskriminierung ergriffen wurde als aus Marktarbeitungsgründen.

Ob Kooperation, Aufbau eines Standbeins im EWR oder Auslagerung – in jedem Fall bedeuten diese Entscheidungen, dass Arbeitsplätze nicht in der Nordwestschweiz geschaffen und potentielle Investitionen nicht hier getätigt werden, sondern im Ausland. Dies lässt sich vor allem bei den grossen Konzernen feststellen und zahlenmässig deutlich illustrieren: Noch zwischen 1988 und 1990 wuchsen die sechs grössten Firmen unserer Region auf dem Gebiet der Nordwestschweiz stärker als ausserhalb.

Seither nahm der Personalbestand weltweit um knapp 1 % zu, während er in der Nordwestschweiz kontinuierlich sinkt. Zumindest teilweise lässt sich also das gegenwärtige Fehlen von Wachstumsimpulsen mit der ungenügenden wirtschaftspolitischen Integration der Schweiz in den EWR erklären.

### Politische Auswirkungen

Immer häufiger werden Fragen, die für die Europäische Wirtschaft wichtig sind, in Brüssel diskutiert. Die Schweiz wird dabei vielleicht noch angehört, hat aber weniger Gewicht als früher; zunehmend fehlt ihr die Legitimation für das Lobbying. Das Ausland hat vor der Schweiz und den Schweizer Unternehmen weniger Respekt, Misstrauen ist feststellbar. Bisweilen wird die Schweiz auch von Arbeitsausschüssen und Gesprächen mit EU-Vertretern ausgeschlossen. Zur Verschlechterung des wirtschaftspolitischen Klimas hat allerdings nicht nur der negative EWR-Entscheid beigetragen, sondern in noch viel stärkerem Masse eine ganze Serie von Volksentscheiden in den vergangenen Jahren, besonders das «Ja» zur Alpeninitiative.

### Auswege aus dem Dilemma

Zu direkten und messbaren Nachteilen hat die Ablehnung des EWR-Beitritts zwar erst in wenigen Bereichen der regionalen Wirtschaft geführt; in grösserem Umfang aber wurden durch das Abseitsstehen Chancen verpasst. Dies wird in unserer Region, die eng mit ihren Nachbarn in Südbaden und im Elsass verflochten ist, besonders schmerzlich empfunden. Letztlich wird die Schweiz nicht umhin können, sich zu entscheiden: Entweder will sie ausserhalb von EU/EWR bleiben, was ein entsprechendes wirtschaftspolitisches Umdenken und vor allem einige Anstrengungen zur Verbesserung der Standortbedingungen erfordert. Oder sie akzeptiert die Freizügigkeit im Personenverkehr mit der EU und sagt damit auch «Ja» zum Binnenmarkt. In diesem Fall bietet der nachträgliche Beitritt zum EWR grössere Vorteile als bilaterale Verhandlungen, die im grossen und ganzen zwar «EWR-ähnliche» Verhältnisse schaffen, für die weitere Entwicklung aber weit komplizierter zu handhaben sein werden. Entsprechend liegen ja auch heute – beinahe drei Jahre nach der EWR-Abstimmung – keinerlei konkrete Ergebnisse aus bilateralen Verhandlungen vor.